

Gabriele Gläser: Der Munitionsbergungsdienst der Deutschen Volkspolizei

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ergab sich die dringende Notwendigkeit, die in den Böden steckende oder in Gewässern versenkte Munition schnellstmöglich zu beräumen. Auch die Beseitigung ausgedehnter Minenfelder stand im Vordergrund. Daher handelt auch der Befehl Nr. 3 der SMAD von der Munitionsräumung, allerdings mit einem geradezu utopisch anmutenden Zeitplan. Rund 1,5 Monate nach Kriegsende sollte die vollständige Beräumung bewerkstelligt worden sein – eine Vorgabe, die nicht einzuhalten war.

Nachdem die Munitionsräumung anfangs dezentral und teils privatwirtschaftlich organisiert war, ging die Zuständigkeit ab dem Jahr 1949 auf die Volkspolizei über, die zu diesem Zwecke sogenannte „Regiebetriebe Abrüstung“ in den jeweiligen Ländern ins Leben rief. Mit der Auflösung der Länder 1952 blieben die Strukturen weitestgehend bestehen, die Regiebetriebe in Schwerin, Potsdam, Magdeburg, Erfurt und Dresden sowie Berlin waren im Wesentlichen für die aus den jeweiligen Ländern hervorgegangenen Bezirke zuständig. So bearbeitete beispielsweise der Regiebetrieb in Schwerin die Bezirke Schwerin, Neubrandenburg und Rostock.

Die „Regiebetriebe Abrüstung“ wurden 1957 in „Munitionsbergungsbetriebe der Deutschen Volkspolizei“ (MBB) umbenannt. Eine erneute Umbenennung erfolgte 1975 in „Munitionsbergungsdienst der Deutschen Volkspolizei“ (MBD).

Organisatorisch angebunden war die Munitionsbergung bei der Abteilung Erlaubniswesen in den jeweiligen Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei. Zu den Aufgaben der Räumarbeiter gehörte neben dem Beseitigen von Groß- und Einzelfundstellen sowie der Delaborierung auch die vorbereitende Boden- und Gewässeruntersuchung für Bau- und Industrieprojekte wie dem Großsiedlungsbau (z. B. Berlin-Marzahn) oder den Erweiterungen und Neuaufschlüssen von Braunkohletagebauen.

In der Dissertation soll daher u. a. untersucht werden, wie sich die Zusammenarbeit zwischen dem Munitionsbergungsdienst und den einzelnen Bezirksbehörden bzw. Volkspolizeikreisämtern gestaltete. Weiterhin sollen Fragen des Bevölkerungsschutzes und der Präventionsarbeit, beispielsweise in Schulen und Pionierlagern, Gegenstand der Arbeit sein. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, inwieweit die Munitionsbergung in der DDR personell, finanziell oder technisch limitiert war.

Die Literaturlage zu dieser Thematik stellt sich recht übersichtlich dar. Zu DDR-Zeiten ist wenig publiziert worden. Es finden sich einige Artikel in der Zeitschrift „Die Volkspolizei. Zeitschrift für alle Angehörigen der Deutschen Volkspolizei“, die zum einen die gefährliche Arbeit der Feuerwerker dokumentieren, zum anderen über den richtigen Umgang mit der Fundmunition bei Meldung durch einen Bürger belehren. Weiterhin gibt es Publikationen aus dem chemisch-

toxikologischen Bereich, die sich vor allem mit der Beseitigung von Überresten der Chemiewaffenproduktion befassen.

Auch heutzutage handelt es sich um ein randständiges Thema. Daher stehen die Auswertungen von Quellen im Vordergrund, die sich hauptsächlich im Bundesarchiv und Militärarchiv, in den Stasi-Unterlagen-Archiven der einzelnen ehemaligen Bezirke sowie den Landesarchiven befinden.